

Verantwortlich: Bernhard Marewski

01.05.2008

Rat stimmt mehrheitlich gegen CDU Antrag zum weiteren Ausbau des Ganztagsbetriebes an Realschulen und Gymnasien

Leverkusen. Zu früh gefreut haben sich offensichtlich einige der weiterführenden Schulen in Leverkusen: Der Rat stimmte mit der „Gesamtschulmehrheit“ gegen den Antrag der CDU-Fraktion, sich am 1000-Schulen-Programm des Landes zur Umsetzung der Ganztagsinitiative und der pädagogischen Übermittagsbetreuung zu beteiligen.

„Völlig unverständlich“ erklärt Bernhard Marewski, schulpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion dazu. „Hier wird mit ideologischen Scheuklappen ein gutes Programm der Landesregierung vom Tisch gefegt, weil das eigene Lieblingskind „Gesamtschule“ auf Biegen und Brechen durchgeboxt werden soll.

Vor dem Hintergrund der Schulzeitverkürzung bis zum Abitur und wegen der großen Bedeutung des Ganztags hat die Regierungskoalition ein umfangreiches Programm zum Ausbau des Ganztagsbetriebs und einer pädagogischen Übermittagsbetreuung beschlossen.

Die Landesregierung investiert für ein flächendeckendes, bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagsrealschulen und Ganztagsgymnasien bis 2010 insgesamt zusätzliche 100 Millionen Euro für Baumaßnahmen und 75 Millionen Euro zusätzlich für Personalkosten. Ab dem Schuljahr 2009/10 sollen jährlich 108 Schulen, d. h. pro Jahr in jedem der 54 Kreise und kreisfreien Städte je eine Realschule und ein Gymnasium, zu gebundenen Ganztagschulen ausgebaut werden.

Für die Jahre 2009 und 2010 wird die Landesregierung darüber hinaus zur Umsetzung der Ganztagsinitiative und der pädagogischen Übermittagsbetreuung ein zusätzliches Investitionsprogramm aus Landesmitteln im Umfang von insgesamt 100 Millionen Euro zum Ausbau von Mensen und Aufenthaltsräumen auflegen. Das Geld dieses „1.000-Schulen-Programms“ steht insbesondere für Gymnasien und Realschulen, aber auch für Haupt- und Förderschulen zur Verfügung.

Dabei gewährt das Land einen Zuschuss von bis zu 100.000 Euro je Schule, wenn der Schulträger in gleicher Höhe kofinanziert.

Mit dem „Nein“ von SPD, Grünen, Bürgerliste und anderen wird diese Entwicklung an Leverkusen vorbei gehen. Die Gymnasien und Realschulen werden sich darauf einstellen müssen, dass ihre Schülerinnen und Schüler weiterhin und auf nicht absehbare Zeit in überfüllten Mensen oder davor sitzen und es nicht genügend Räumlichkeiten für die Übermittagsbetreuung geben wird.

Die Benachteiligung sei Absicht, um die nicht gesicherte Finanzierung der gewollten dritten Gesamtschule bei der schlechten Haushaltsituation der Stadt Leverkusen nicht zusätzlich zu gefährden, so Marewski.

SPD, Grünen, Bürgerliste u.a. hätten erst unlängst erklärt, die Ratsmehrheit setze andere Schwerpunkte in der Schulentwicklung als das Land NRW. So sei z.B. die Stärkung der Schulform Hauptschule nicht ihr Ziel. Der vorliegende Beschluss, die Hauptschule Neucronenberger Straße zu schließen, könne nur als ein Schlag ins Gesicht der dort

engagierten Lehrkräfte und als Missachtung der hervorragend geleisteten Arbeit verstanden werden, meinte Marewski.

Nachdem die Gesamtschulmehrheit im Rat erklärtermaßen die Hauptschulen künftig aufs Abstellgleis schieben will, wolle sie mit der Ablehnung der Teilnahme an der Ganztagsoffensive des Landes NRW nunmehr auch keine Stärkung von Gymnasien und Realschulen. Marewski: „Diese Entwicklung den Leverkusener Schulen vorzuenthalten, ist ein Skandal sondergleichen.“